



CDU Büttelborn fordert Aussetzung des Sofortvollzugs – offene Fragen zur RWE-Deponie müssen vollumfänglich beantwortet werden.

Angesichts der nun veröffentlichten Erkenntnisse über die RWE-eigene Deponie “Vereinigte Ville” fordert der CDU-Gemeindeverband Büttelborn eine umgehende Neubewertung durch das hessische Umweltministerium und das Regierungspräsidium Darmstadt. “Da der Betreiber des Kraftwerks Biblis, RWE, offensichtlich über eine eigene Deponie verfügt, muss hier das Verursacherprinzip gelten. Müll von RWE muss auch durch RWE entsorgt werden.”, so Gemeindeverbandsvorsitzender Dr. Thorsten Dietrich.

Der Beschluss des Landtags aus dem Frühjahr 2021 über eine “ortsnahe” Entsorgung bezieht sich nach Einschätzung der CDU nur auf den Fall, dass eine private Entsorgung durch RWE nicht möglich wäre. Diese Option scheint aber noch überhaupt nicht abschließend geprüft zu sein. Für die Büttelborner Christdemokraten ist unverständlich, wieso das Umweltministerium und das Regierungspräsidium die Deponie “Vereinigte Ville” nicht schon viel früher als Standort öffentlich benannt haben. “Welcher Schwanz wedelt hier eigentlich mit welchem Hund? Hat RWE die eigene Deponie schlichtweg nicht benannt oder hat sich Umweltministerin Hinz vorab mit RWE verständigt, dass eine Entsorgung auf einer öffentlichen Deponie der bequemere Weg wäre?” so Dietrich weiter.

Das Mindeste, was nun aus Sicht der CDU Büttelborn getan werden muss, ist eine Aussetzung des Sofortvollzugs. Eine Forderung, die von der örtlichen Wahlkreisabgeordneten Ines Claus (CDU) schon Anfang Dezember gestellt und an das Umweltministerium adressiert wurde. Dieser Schritt gäbe die notwendige Zeit, die nun aufgetretenen Fragen in Ruhe zu bewerten, zu beantworten und zu einer umfassenden Faktenlage zu kommen, so die CDU abschließend.